

Wir Steirer

Impressum: Fd.1.v. FPÖ Landesgruppe Steiermark,
Conrad-von-Höttinger-Str. 58, 8010 Graz
Email: weiz@fpoe-stmk.at, Tel.: +43 (0)316 / 70 72 - 95,
Bezirksparteiobmann Patrick Derler

AUSGABE FEBER 2022


GLEISDORF
KONKRET · KRITISCH · FREIHEITLICH

Der Sündenfall

Sie haben es also getan, möchte man sagen. Sie haben also tatsächlich eine Impfpflicht beschlossen über alle Bedenken hinweg. Noch nie in der Geschichte der Republik Österreich hat ein Gesetzesvorhaben derart viele, überwiegend ablehnende Stellungnahmen aus allen Schichten des Landes verzeichnet. Es war ihnen egal. Auch dass bereits ein Volksbegehren gegen die Impfpflicht im September 2021 269.391 Unterstützer gefunden hat, wurde ignoriert. Ebenso wie die allgemeine Entwicklung in Europa, entweder wieder von einer Impfpflicht abzusehen wie in Tschechien oder eine Pflicht nur für bestimmte exponierte Personen einzuführen wie in Italien. Österreich hat sich damit unter Staaten wie Turkmenistan und Tadschikistan eingereiht. Die Frage, ob man darauf stolz sein kann, muss wohl mit NEIN beantwortet werden. Man befindet sich damit in bester Gesellschaft mit Regierungssystemen, die, wenn man sich den „Demokratieindex“ der englischen Zeitschrift „The Economist“ ansieht, weit im roten Bereich angesiedelt sind und die Plätze 159 und 162 belegen. Das liegt aktuell zwischen dem Bürgerkriegsland Jemen und dem Tschad, der politisch auch nicht zur Ruhe kommt und wo schon einmal der Präsident „im Kampf gegen Rebellen“ fällt und die Regierungsform als „autoritäres Regime“ zu bezeichnen ist. Den Abgeordneten von ÖVP, Grünen, SPÖ und Neos kann man bis auf wenige löbliche Ausnahmen, die nicht mitgestimmt haben, nur dazu „gratulieren“.

Was, außer einer Machtdemonstration gegen den widerspenstigen Teil der Bevölkerung,

kann sie dazu animiert haben, dieses Exempel zu statuieren? Dass zu Jahresende auch alle Geimpften in den Lockdown mussten, kann es nicht sein. Auch dass die aktuell durchrauschende Omikron Welle Gott sei Dank zu keiner Explosion der Patienten in den Krankenhäusern führt, kann es nicht sein. Bleibt also die Machtdemonstration, die sich auch im wochenlangen Aussperren Ungeimpfter aus Handel und Gastronomie zeigte. „Bist du nicht impfwillig, so brauch ich Gewalt“, lautete wohl die Marschrichtung der Koalition. Zuletzt ist ob so viel Borniertheit sogar dem Wirtschaftskammerpräsidenten Harald Mahrer der Kragen geplatzt, als er meinte, wir seien in Österreich die einzigen, die „zum Kontroll- und Einsperrterror neigen“. Weiters wies der Wirtschaftskammerpräsident darauf hin, dass nach einer Max-Planck-Studie die Ansteckungsgefahr beim Einkauf bei Tragen einer FFP 2 – Maske nur bei 0,1 Prozent liege und forderte die Abschaffung der 2-G-Regel. Die Botschaft, dass dieser Eingriff in die Freiheiten der Bürger nicht zu rechtfertigen ist, scheint inzwischen bei der Bundesregierung endlich angekommen zu sein und es wurde das Ende des 2-G-Wahnsinns angekündigt, was von uns Freiheitlichen freilich schon seit Monaten gefordert wird. Aber auch die Bundesregierung darf einmal gescheitert werden.

Dass ein Kurswechsel dringend nötig ist, zeigen Meldungen der letzten Tage. Ist die Büchse der Pandora einmal geöffnet, wird unge-





niert nach mehr gegiert. So hält die Leiterin der Bioethik-Kommission, Christiane Druml, weitere Impfpflichten für denkbar, wenn ein gesellschaftliches Interesse daran bestünde. Sie denkt dabei an Masern, Keuchhusten oder Influenza. Das gesellschaftliche Interesse mag das eine sein, das andere ist, wieweit man sich selbst als Betroffener mit einem medizinischen Eingriff wohlfühlt. Hier gibt es nämlich auch eine Schwelle, die da lautet: was Du nicht willst dass man Dir tut, das füg´ auch keinem anderen zu. So mancher, der jetzt freudig in die Hände klatscht und mit Genugtuung die Impfpflicht begrüßt, möge bedenken, dass auch ihn einmal eine Maßnahme treffen könnte, die mit seinen Überzeugungen in Widerspruch steht. Eben darum ist die Freiheit ein so hohes Gut; weil sie letztlich die Würde der Persönlichkeit schützt.

Dass Bürger daher aus eben diesem Grund auf die Straße gehen, wie wir es in Gleisdorf nun seit Wochen erleben, und ihren Unmut zur Schau tragen, sollte daher nicht verwundern und schon gar nicht zum Anlass genommen werden, diese Menschen zu verunglimpfen oder sie in die Nähe von Extremisten oder eines gewaltbereiten Mobs zu rücken, nur um diese Demonstrationen schlecht zu machen. Diese Bürger tragen berechtigte Interessen vor, nachdem sie vom herrschenden Establishment offenbar nicht mehr gehört werden. Bürgermeister Stark ist in seiner Doppelfunktion als Nationalrat ja auch mitverantwortlich dafür, was dort beschlossen wird und damit letztlich auch mitverantwortlich für die Demonstrationen in Gleisdorf. Denn es wäre ja allzu bequem – und die Verantwortlichen würden sich das nur zu gerne wünschen – wenn man Demonstranten, die andere Meinungen vertreten, dorthin verbannen könnte, wo sie niemand sieht und sie nicht stören.

Überhaupt hat man ja, den Eindruck, dass sich diese Bundesregierung und die ÖVP im Besonderen von unabhängigen Geistern gestört fühlen. Da verkündet die Grüne Klubob-

frau Frau Maurer schon einmal glücklich, dass der impfkritische Grüne Dornbirner Stadtrat Hämmerle „von sich aus“ angeboten habe, sein Mandat zurückzulegen. Wer´s glaubt.

Wenig zimperlich auch die ÖVP, wenn es um die Durchdringung der Polizei mit Parteigängern geht. Da kann einem schon einmal ein „Merk dir die Arschlöcher und wir knöpfen sie uns einzeln vor“ entkommen, wie dem Personalchef im Innenministerium, als ein ÖVP-Parteigänger anlässlich seiner Bestellung zum Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (LVT) in Salzburg seine politischen Funktionen abgeben musste. Die Reaktion deutet doch darauf hin, dass sich Teile der ÖVP der Trennung von Staat und Partei nicht mehr bewusst sind und sich entweder selbst für den Staat halten oder den Staat als persönliches Parteieigentum betrachten.

Aus so einem Blickwinkel heraus betrachtet schwimmt das Volk dann zu einer anonymen Masse. Sollte es – wie lästig – vielleicht andere Vorstellungen entwickeln und kritische Fragen stellen, muss es deshalb in die eine oder andere Richtung gelenkt werden. Welche Mittel und Wege es dazu gibt, z.B. durch frisierte Umfragen, praktischer Weise auf Steuerzahlerkosten, haben wir in der „Ära“ Kurz erlebt. Was im Spannungsdreieck von Medienförderung, Inseratenpolitik und Umfragen alles möglich ist, möchte man vielleicht gar nicht so genau wissen.

Darum ist es wichtig, dieses Spiel zu durchbrechen. Die nächsten Wahlen kommen bestimmt und werden die Möglichkeit für politische Abwechslung und zur Neuverteilung der Karten bieten. Die Entscheidung dazu, geschätzte Leserin, geschätzter Leser, liegt bei Ihnen!

Herzlichst,

**Ihr Stadtparteiobmann
Gemeinderat Harald Lembacher**